

Kritik an steigenden Schulden und Gesundheitsplänen

Niederösterreich heute, 23.10.2025

Der Landtag hat am Donnerstag einen Nachtragsvoranschlag für heuer und 2026 mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und SPÖ beschlossen. Diskutiert wurde angesichts des Streits um Gastpatienten über Spitäler und die von der SPÖ geforderte Gesundheitsregion Ost.

Erst in der zweiten Aktuellen Stunde gingen die Wogen im Landtag hoch. Es wurde über die von der SPÖ geforderte Schaffung einer Gesundheitsregion Ost mit den Bundesländern Niederösterreich, Wien und Burgenland debattiert. Letztendlich wurde es aber eine Debatte über das Verhalten der Stadt Wien gegenüber niederösterreichischen Gastpatienten.

ÖVP-Mandatar Franz Dinthob verweist auf Verträge im Rahmen des Finanzausgleichs, die einzuhalten seien. Im Rahmen dieser Verträge würden 500 Mio. Euro für Gastpatienten nach Wien überwiesen werden. Auch FPÖ-Abgeordneter Richard Punz pochte auf bestehende Vereinbarungen.

„Gesundheit gehört in Bundeskompetenz“, verlangte Silvia Moser von den Grünen. NEOS-Mandatarin Edith Kollermann sprach sich für eine „gemeinsame Bedarfsplanung für die gesamte Ostregion“ und einen „transparenten, nachvollziehbaren Kostenausgleich“ aus.

Breite Kritik an Wiens Stadtrat Hacker

Es entwickelte sich eine spontane Debatte der Klubobleute mit deutlicher Kritik an Wiens Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ). „Da muss man doch als Abgeordneter oder Abgeordnete in Niederösterreich, doch zur Kenntnis nehmen: Was die Wiener tun, ist gegen die Menschen in Niederösterreich“, sagte ÖVP-Klubobmann Kurt Hackl.

„Wenn er (Hacker; Anm.) nicht auskommt, weil er mehr braucht, dann muss man miteinander reden. Ich war etwas verwundert, dass dann die Sozialdemokratie die Grenzüberschreitung eines Hackers in den niederösterreichischen Landtag mit reinzieht“, so Helga Krismer, Klubobfrau der Grünen. „Der Wiener SPÖ ist nichts anderes eingefallen, als zu sagen: Wir beschließen im Wiener Landtag ein Gesetz, das verfassungswidrig ist. Auf dieses Gesetz beruft sich der Herr Stadtrat Hacker“, kritisiert FPÖ-Klubobmann Reinhard Teufel.

„Patienten egal, ob es eine Landesgrenze gibt“

Die niederösterreichische SPÖ wiederum wies die geballte Kritik an ihren Parteikollegen in der Bundeshauptstadt zurück und forderte weitere Verhandlungen: „Es ist den Patienten völlig egal, völlig egal, ob es eine Landesgrenze gibt, ob es Ausgleichszahlungen gibt, ob es Verhandlungen über den Finanzausgleich gibt“, sagt SPÖ-Klubobmann Hannes Weninger.

Gegen die im „Gesundheitsplan 2040+“ vorgesehene Streichung von elf der bisher 32 Notarztstandorte ab April 2027 und die beabsichtigte Schließung des Landeskrankenhauses Gmünd richtete sich ein stiller Protest von Personen aus den betroffenen Regionen.



ORF Vor den Augen von Aktivisten und Aktivistinnen, die gegen die Gesundheitsreform sind, wurde über Gesundheit diskutiert

Neue Schulden für heuer und nächstes Jahr

Das Nachtragsbudget ist das zweite für dieses Jahr, das erste war nach der Hochwasserkatastrophe von September 2024 nötig geworden. Für heuer ist ein Nachtrag von 260 Millionen Euro und für 2026 von 315 Millionen Euro vorgesehen. Berücksichtigt sind dabei etwa Mehrausgaben im Rettungs- und Notrufwesen, bei der Kinder- und Jugendhilfe und durch das Gemeindeunterstützungspaket sowie gesunkene Ertragsanteile.

Der neue Nettofinanzierungssaldo liegt damit bei minus 891 (2025) bzw. minus 571 Millionen Euro (2026). Grüne und NEOS lehnten den Nachtragsvoranschlag wie angekündigt ab. Kritik kam auch von der Sozialdemokratie, verwiesen wurde auf steigende Schulden. Die pinke Fraktionsobfrau und Landesparteivorsitzende Indra Collini mahnte Reformen und Sparen ein.

Zu den weiteren Beschlüssen zählt das Deregulierungsgesetz, mit dem 33 Landesgesetze geändert und drei davon gestrichen werden. Das soll Bürokratieabbau und schnellere Behördenwege bringen. Mandatare von SPÖ, Grünen und NEOS bemängelten, dass die Novelle zu wenig weit gehe.

Zuvor wurde in einer von der FPÖ beantragten Aktuellen Stunde über Kinderschutz diskutiert. Die Freiheitlichen thematisierten dabei die Ende September am Wiener Landesgericht gefällten, nicht rechtskräftigen Freisprüche für zehn Jugendliche in einem Prozess um geschlechtliche Handlungen mit einer damals Zwölfjährigen und forderten u.a. schärfere Konsequenzen für Sexualstraftäter.

red, noe. [ORF.at/Agenturen](https://orf.at/Agenturen)